

Niederschrift



Gremium: **23. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation**

Sitzungsdatum: **Freitag, den 03.02.2012**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**

Beginn: **09:04 Uhr**

Ende: **12:12 Uhr**

Stv. Landrätin Fries eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Peter Bergmeir	
Dr. Markus Brem	ab 9.10 Uhr
Hannelore Britzlmair	
Hans-Peter Dangl	ab 9.08 Uhr
Marlies Fasching	bis 12.10 Uhr
Franz Fendt	
Anni Fries	Vorsitz bis 9.31 Uhr
Peter Högg	
Hubert Kraus	
Peter Schönfelder	
Robert Steppich	

Vertreter:

Gabriele Huber	Vertretung für Gerhard Ringler
Lorenz Müller	Vertretung für Ludwig Fröhlich ab 10.15 Uhr
Joachim Schoner	Vertretung für Silvia Daßler

Verwaltung:

Thomas Huber
Thomas Ihl
Manfred Merz
Uwe Schwarzer
Martin Seitz
Claudia Ziegler

Weitere Anwesende:

Mathilde Weirather (zu TOP 1)
Jürgen Pabel (zu TOP 3)
Alfred Schühler (zu TOP 6)
Armin Falkenhein (zu TOP 6)
Manfred Hofmann (zu TOP 6)

Schriftführerin:

Susanne Häusler

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Gleichstellungskonzept 2011 - 2016

Nichtöffentliche Sitzung

7. Stellenplan 2012;
2. Lesung

Öffentliche Sitzung

2. EDV-Haushalt 2012;
2. Lesung
3. Kreishaushalt 2012 - 2. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs
Vorlage: 12/0019
4. Verschiedenes
5. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

6. Projekt Einführung eines Gebäudemanagements;
Stand der Umsetzung und weitere Planungen
8. Personalangelegenheiten
Vorlage: 12/0027
9. Einstellung eines Gewährleistungssachbearbeiters
für das Gebäudemanagement
Vorlage: 12/0028
10. Verschiedenes
11. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Gleichstellungskonzept 2011 - 2016

Stv. Landrätin Fries weist darauf hin, dass nach dem Tagesordnungspunkt 1 – Vorstellung des Gleichstellungskonzeptes – der Tagesordnungspunkt 7 der nichtöffentlichen –Sitzung – 2. Lesung Stellenplan 2012 – vorgezogen werden soll. Im Anschluss werde dann die öffentliche Sitzung wieder fortgesetzt. Mit dieser Vorgehensweise besteht seitens des Ausschusses Einverständnis.

Im Anschluss stellt **Frau Weirather** das Gleichstellungskonzept 2011 – 2016 vor. Die hierfür verwendete Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Zusammenhang mit Fortbildungen erkundigt sich **Frau Weirather** bei der Personalverwaltung, ob sich hier bezüglich der Stundenanrechnung etwas geändert habe.

Daraufhin erklärt **Frau Ziegler**, dass Teilzeitbeschäftigte den gleichen Anspruch auf Fortbildung hätten. Mittlerweile sei jedem Sachgebiet ein Budget für Fortbildungen zur Verfügung gestellt worden, da so natürlich der Bedarf konkreter ermittelt werden könne. Es gebe hier keine Relation, ob jemand Vollzeit oder Teilzeit arbeite.

Im Anschluss fährt **Frau Weirather** mit ihrem Vortrag fort. Im Rahmen der Leistungsbewertung nach dem TvÖD stellt sie fest, dass im Jahr 2010 insgesamt 413 Mitarbeiter/innen bewertet wurden. Eine Beurteilung habe bei 18 Mitarbeiter/innen nicht stattgefunden, was einem Anteil von 4,18 % entspreche. Hier erkundigt sich Frau Weirather bei der Personalverwaltung, ob diese Mitarbeiter/innen nicht bewertet werden wollten.

Dazu führt **Herr Huber** aus, dass diese Personen auf eigenen Wunsch, zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen, nicht bewertet wurden. Diese Möglichkeit wäre in der Leistungsvereinbarung vorgesehen.

Frau Weirather stellt fest, dass im Jahr 2010 die betriebliche Kommission nicht eingeschaltet werden musste. Sie erkundigt sich, ob und wie oft die betriebliche Kommission in den Vorjahren angerufen wurde.

Herr Huber erklärt, dass dies in den Vorjahren schon einmal vorgekommen wäre. Im Jahr 2011 wäre die betriebliche Kommission zweimal angerufen worden. In beiden Fällen konnte aber zusammen mit den Vorgesetzten eine gütliche Regelung getroffen werden.

Kreisrat Schoner erkundigt sich, ob schon einmal eine Befragung der Beschäftigten stattgefunden hätte, ob diese mit der Regelung des Leistungsentgelts zufrieden wären.

Dazu stellt **Herr Huber** fest, dass man mit dieser Regelung jetzt vier Jahre arbeiten würde. Man habe sich vorgenommen, nach fünf Jahren eine Umfrage bei den Beschäftigten durchzuführen. Ein gewisser Gradmesser seien natürlich die Beschwerden bei der betrieblichen Kommission. Diese wären mit zwei Fällen vergleichsweise niedrig und deshalb könne man schon davon ausgehen, dass dieses Vorgehen so akzeptiert werde.

Im Anschluss fährt **Frau Weirather** mit ihren Erläuterungen fort.

Unter Bezugnahme auf den angesprochenen Gymnastikraum regt **stv. Landrätin Fries** an, diesen einmal zu besichtigen. Möglich wäre, vor einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses den Raum eine Viertelstunde vor Sitzungsbeginn zugänglich zu machen.

Diesem Vorschlag schließt sich **Kreisrat Schönfelder** an. Sein Wunsch wäre allerdings, dies nicht nur auf den Gymnastikraum zu begrenzen, sondern auf eine Führung durch das Landratsamt auszuweiten. Gerade die Kellergewölbe mit der alten Bausubstanz wären hier sehr interessant.

Herr Schwarzer erklärt daraufhin, dass sich die Hauptverwaltung diesem Anliegen annehmen werde.

Anschließend wird der Vortrag von **Frau Weirather** fortgesetzt.

Auf Nachfrage von **stv. Landrätin Fries** wird festgestellt, dass Frau Dr. Hörter nach wie vor als Betriebsärztin für das Landratsamt tätig wäre.

Kreisrätin Huber stellt fest, dass nach ihren Beobachtungen die Mitarbeiterinnen des Landratsamtes ihr Geschirr im Vorraum der Toiletten abspülen müssten. In diesem Zusammenhang erkundigt sie sich, ob man keine Teeküche oder zumindest eine Spülmaschine zur Verfügung stellen könnte, um dem Hygieneanspruch etwas gerechter zu werden.

Herr Schwarzer erklärt, dass dieses Problem bekannt sei. Im Moment wäre man dabei, die den Besprechungszimmern zugeordneten Teeküchen im Erdgeschoss, 1. und 3. Stock für die Mitarbeiter zu öffnen.

Kreisrätin Britzlmair erkundigt sich, wie viele schwerbehinderte Personen im Landratsamt arbeiten würden.

Dazu erklärt **Herr Huber**, dass das Landratsamt die gesetzliche Vorgabe erfülle und im Moment ca. 40 schwerbehinderte Mitarbeiter im Landratsamt beschäftigt wären.

Unter Bezugnahme auf die unterschiedlichen Zeitmodelle im Landratsamt erklärt **Kreisrat Schönfelder**, dass 400 verschiedene Zeitmodelle bei knapp über 500 Beschäftigten eigentlich inakzeptabel wären.

Herr Huber erklärt daraufhin, dass sich die Gesamtsumme von 400 Zeitmodellen schon allein daraus ergebe, dass sowohl Staatsbeamte als auch Staatsangestellte im Haus tätig seien. Diese hätten andere Wochenarbeitszeiten als die Kreisangestellten und –beamten. Außerdem müsse man die verschiedenen Grundarbeitszeiten berücksichtigen. Dies wäre nicht so zu verstehen, dass jeder arbeiten könne, wie er wolle.

Im Anschluss stellt **Frau Weirather** fest, dass es viele Arbeitsgruppen im Haus gebe, bei denen sie als Gleichstellungsbeauftragte beteiligt sei. Dies wäre auch einmalig im Vergleich mit Kolleginnen in anderen Behörden. Abschließend könne festgestellt werden, dass das „Gender Mainstreaming“, in Bayern besser bekannt als „geschlechtersensible Sichtweise“, noch ein bisschen besser beachtet werden könne. Ein sehr erfreulicher Ausblick wäre die Arbeitsgruppe Gesundheitsmanagement, für die Installation dieser Gruppe wäre sie sehr dankbar. Frau Weirather bedankt sich für die Aufmerksamkeit und für die Möglichkeit, ihre Belange im Ausschuss vorzutragen zu dürfen.

Kreisrat Dangl stellt als Resümee des Vortrags fest, dass die Inhalte des Konzeptes beeindruckend wären. Gerade was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betreffe wäre erkennbar, dass dies im Haus wirklich mit Inhalten gelebt werde. Er habe auch das Gefühl, dass Frau Weirather mit ihrem Vortrag die Realität des Hauses widerspiegelt habe.

Landrat Sailer bedankt sich abschließend bei Frau Weirather für die Präsentation und die bisher geleistete Arbeit. Positiv wäre auch die Diskussion, die an verschiedenen Stellen eingesetzt habe.

TOP 2 EDV-Haushalt 2012; 2. Lesung
--

Landrat Sailer stellt fest, dass die Vorlage noch aus der letzten Sitzung des Ausschusses vom 18. Januar vorliegen würde. Diese brauche im Detail nicht mehr durchgegangen werden, lediglich die sich ergebenden Veränderungen sollten noch kurz aufgezeigt werden.

Herr Merz erläutert anschließend die tatsächlichen Neuerungen. Hier wäre das Gebäudemanagement mit Software, Wartung, Installation und Schulung mit einer Gesamtsumme von 42.420 Euro zu nennen. Außerdem wäre eine Mandatos App mit einer Summe von 4.815 Euro vorgesehen. Dazu käme auch noch ein Nachfolgeprogramm für die Bauhofverwaltung mit insgesamt 32.400 Euro sowie die Erweiterung der Software Landkreislauf und Katastrophenschutz mit je 3.000 Euro. Die Lizenzkosten für Microsoft wären nachrichtlich mit 85.000 Euro im Vorschlag enthalten. Diese Kosten würden sich aus einem entsprechenden Vertrag ergeben, der noch eine Laufzeit von zwei Jahren hätte. Neu wäre das sogenannte Bürgerservice-Portal mit Software, Wartung und Installation mit Kosten in Höhe von 23.500 Euro. Weiter im Vorschlag enthalten wäre ein Webfilter, der benötigt werde, weil der bisherige Webfilter nicht mehr weiterentwickelt werde. Dieser Webfilter werde benötigt, weil im Landratsamt Minderjährige beschäftigt wären. Dies wäre gesetzlich vorgeschrieben, um den Aufruf bestimmter Seiten im Internet ausschließen zu können. Ebenfalls im Vorschlag enthalten wäre der Ausbau des Sitzungssaales mit WLAN, damit iPads dort entsprechend betrieben werden könnten. Dies wäre mit einer Gesamtsumme von 4.012 Euro veranschlagt. Abschließend stellt Herr Merz fest, dass dies die Neuerungen mit Stand der letzten Sitzung seien. Einnahmen wären mit 6.700 Euro veranschlagt und auf der Ausgabenseite seien 1.123.600 Euro vorgeschlagen.

Landrat Sailer weist darauf hin, dass das Thema Bürgerservice-Portal mit 23.500 Euro wie eben besprochen gestrichen werde und sich der EDV-Haushalt damit entsprechend reduzieren würde.

Daraufhin stellt **Herr Merz** fest, dass sich die Ausgaben dadurch auf insgesamt 1.100.100 Euro reduzieren würden.

Kreisrat Dr. Brem erkundigt sich, ob der neu zu beschaffende Webfilter nur deshalb notwendig sei, weil im Landratsamt minderjährige Auszubildende bzw. Beschäftigte tätig wären.

Dazu erklärt **Herr Merz**, dass der Webfilter natürlich auch andere Vorteile habe. Bei minderjährigen Beschäftigten wäre es allerdings eine zwingende gesetzliche Vorgabe.

Daraufhin erkundigt sich **Kreisrat Dr. Brem**, ob man dies nicht einzelvertraglich regeln könne, wenn die anderen Vorteile eher zweitrangig wären. Ihm erscheine die Funktionalität der Software mit Bezug auf die Zahl der Auszubildenden relativ hoch.

Herr Merz stellt hierzu fest, dass der Einsatz eines Webfilters eindeutig gesetzlich festgelegt sei. Eine einzelvertragliche Regelung genüge dem Gesetz nicht, man müsse den Zugang unterbinden.

Kreisrat Schönfelder erklärt in diesem Zusammenhang, dass es ihm schon persönlich ein Anliegen wäre, einen Webfilter einzusetzen. Aufgrund des Vortrags beziehe man das auf minderjährige Auszubildende, aber ihm persönlich wäre die Begründung wichtig, dass man das im Amt einfach so regeln wolle.

Diese Meinung teilt auch **Landrat Sailer**. Nachdem keine Fragen und Wortmeldungen mehr vorlagen, fasst der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation empfiehlt dem Kreisausschuss, den EDV-Haushaltsansatz 2012 in den Einnahmen auf 6.700 € und in den Ausgaben auf 1.100.100 € festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

TOP 3 Kreishaushalt 2012 - 2. Lesung; Behandlung des Verwaltungsentwurfs Vorlage: 12/0019

Herr Seitz erklärt, dass er heute das Ergebnis der Haushaltsberatungen mit Stand des gestrigen Abends vortragen könne. Er erinnert daran, dass man im Verwaltungshaushalt mit einem ungedeckten Bedarf von 6,4 Millionen Euro gestartet wäre und im Vermögenshaushalt einen Kreditbedarf von ursprünglich knapp 11 Millionen Euro festgestellt habe. Durch die zweiten Lesungen wäre man ein gutes Stück vorangekommen. So habe sich der ungedeckte Bedarf im Verwaltungshaushalt bereits auf eine Größenordnung von etwa 1,2 bis 1,3 Millionen Euro reduziert. Damit habe man bereits mehr als die Hälfte der Bezirksumlagen-Erhöhung durch eigene Bemühungen aufgefangen. Im Gegenzug habe sich allerdings die notwendige Kreditaufnahme auf mittlerweile 12,5 Millionen Euro hochgeschraubt. Dies habe sich daraus ergeben, dass eine Maßnahme aus dem Gebäudeunterhalt herausgetrennt wurde und als investive Maßnahme zukünftig geführt werde. Hierbei handele es sich vor allem um das Dach des Landratsamtes.

Zum Haushalt für den Personalausschuss wären jetzt im Zuge der nichtöffentlichen Sitzung bereits einige Vorschläge unterbreitet und auch beschlossen worden. Herr Seitz erklärt, dass diese entsprechend in das Zahlenwerk eingearbeitet würden, so dass der Haushalt zur endgültigen Fortschreibung für den Kreisausschuss als solches aufbereitet sei. Zum Personalhaushalt für sich genommen wäre von seiner Seite aus über diese Ausführungen hinaus nichts anzumerken.

In der 1. Lesung wäre beim Betriebskindergarten erläutert worden, dass man hier den Ansatz erhöhen müsse. Dies wäre jetzt eingearbeitet. Bei den Personalkostenersätzen hätten sich keine Veränderungen ergeben.

An dieser Stelle erkundigt sich **Landrat Sailer** unter Bezugnahme auf die Anfrage von Kreisrätin Fries, wo die Gegenfinanzierung der drei Stellen für die Jugendsozialarbeit an Realschulen im Haushalt untergebracht wäre.

Dazu erklärt **Herr Seitz**, dass die Jugendsozialarbeit in dem Sinne kein Kostenersatz wäre, wie man das bei anderen Ersätzen explizit ausgewiesen bekomme. Hier handele es sich um einen Bestandteil der Bundeserstattung zur Grundsicherung, die von 25 % auf 35 % erhöht wurde. In dieser Erhöhung wäre ein gewisser Anteil für drei Jahre begrenzt auch für Jugendsozialarbeit an Schulen enthalten. Dies bedeute, dass dieser Kostenersatz bei den Personalkostenersätzen als solches nicht ausgewiesen wäre sondern als Einnahme im Bereich Soziales und Senioren abgebildet werde.

Zum EDV-Haushalt merkt **Herr Seitz** an, dass sich die eben beschlossene Summe noch um Versicherungen und kleinere Positionen erhöhen werde. Dies habe er auch schon in der ersten Lesung angekündigt. Der Themenbereich WLAN wäre auch in den Fraktionen diskutiert worden, hier müssten die Beträge von insgesamt 4.000 Euro noch in den Haushalt mit aufgenommen werden. Ebenfalls auf der Liste wäre das Thema Scannen der Altakten im Ausländeramt. Dieser Posten werde voraussichtlich noch um ein Jahr geschoben werden und würde somit nicht in den Haushalt mit aufgenommen.

Des Weiteren habe man dann nur noch zwei Listenpositionen im Bereich des Hauptamtes. Hier ginge es um die Neumöblierung des kleinen Sitzungssaales sowie um die Einführung der Behördenrufnummer 115. Dies wäre in den Fraktionen einheitlich so vorbesprochen worden, dass man diese Listenpositionen nicht in den Haushalt aufnehmen werde.

Landrat Sailer bedankt sich bei Herrn Seitz für die Ausführungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation empfiehlt dem Kreisausschuss die Aufnahme der in der Vorlage enthaltenen Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen in den Kreishaushalt 2012.

Die ergänzte Vorlage des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation zum Kreishaushalt 2012 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

TOP 4 Verschiedenes

Keine Vorlagen

TOP 5 Wünsche und Anfragen

Keine Wünsche und Anfragen

23. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation 03.02.2012